

## Vorgeschichte

In Bad Harzburg versammelte sich am 11. Oktober 1931 die sog. Nationale Opposition. Dieses Treffen von Deutschnationalen und Nazipolitikern, Alldeutschen und Stahlhelmen, Vertretern der Schwerindustrie, Großbanken und Agrarverbänden ist unter dem Namen „Harzburger Front“ in die Geschichte eingegangen. Erklärtes Ziel der Teilnehmer war der Sturz des „Systems“, dessen Reste Brüning mit Hilfe von Notverordnungen halbdiktatorisch verwaltete.

Die „nationale Opposition“ trat in Bad Harzburg aber nicht zum ersten Mal auf. Nach den gescheiterten Sammlungsversuchen der Rechten in der Anfangsphase der Weimarer Republik (Morde an Erzberger und Rathenau, Hitlers Alleingang in München, Auseinandersetzungen um den Dawes-Plan usw.), formierte sich schließlich im Jahre 1929 ein rechtes Bündnis, die „Nationale Opposition“.

### Revision des Dawes-Planes

1929 regierte die große Koalition unter dem SPD-Politiker Müller. Mit dem Namen des Außenministers Stresemann (DVP) ist die Verständigungspolitik mit den ehemaligen Feindstaaten verknüpft. Im Februar 1929 begannen die Pariser Sachverständigenverhandlungen zur Revision des Dawes-Planes, mit dem 1924 die Reparationsleistungen Deutschlands geregelt worden waren.

Die deutsche Verhandlungskommission in Paris leitete der damalige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht. Schacht verhandelte zum Teil ohne Abstimmung mit der Reichsregierung. Seine Konzeption war, das Reparationsproblem durch internationale Zusammenarbeit, Kolonialismus und Ausdehnung des Welthandels zu lösen. Die Fähigkeit Deutschlands Reparationen zu leisten, argumentierte Schacht, hänge wesentlich von der Wirtschaftskraft des Landes ab. Daher drängte er die Sachverständigen, in ihr Gutachten Empfehlungen an die deutsche Reichsregierung aufzunehmen, die Industriebelastung aufzuheben und die Eigenkapitalsbildung der Unternehmen durch ein Steuersenkungsprogramm zu fördern.

### Rolle des Reichsbankpräsidenten Schacht

Der Kompromißvorschlag, nach dem Amerikaner Young benannt, sah Erleichterungen gegenüber dem Dawes-Plan vor: die ausländischen Kontrollen entfielen; die Annuitäten (d.s. die jährlichen Zinszahlungen) wurden von 2,5 Mrd. auf durchschnittlich 2 Mrd. RM gesenkt, ihre Laufzeit war bis zum Jahr 1988 vorgesehen.

### Young-Plan bis 1988

### Anti-Young-Plan-Kampagne

Im Sommer 1929 formierte sich die „Nationale Opposition“ zur Anti-Young-Plan-Kampagne. Am 9. Juli 1929 wurde der „Reichsausschuss für das deutsche Volksbegehren“ gegründet. Dem Präsidium gehörten u.a. Seldte und Düsterberg (Stahlhelm), Schiele (Reichslandbund), Alfred Hugenberg (DNVP), Adolf Hitler (NSDAP), der Unternehmer Fritz Thyssen und Heinrich Claß (Alldeutscher Verband) an.

### Volksbegehren

Im September 1929 veröffentlichte der Reichsausschuss ein „Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes“, kurz „Freiheitsgesetz“ genannt.

In dem Gesetzentwurf wurde gefordert:

1. Keine Anerkennung der deutschen Kriegsschuld;
2. Räumung der besetzten Gebiete;
3. Keine Zahlungsleistungen aus der Anerkennung der Kriegsschuld;
4. Bevollmächtigte des Reiches, die weitere Lasten (Young-Plan) unterschrieben, sollten des Landesverrates angeklagt werden.

Im Oktober erging ein Aufruf der Reichsregierung zur Ablehnung des Volksbegehrens, der auch von Reichsbankpräsident Schacht unterzeichnet wurde (Weitere prominente Unterzeichner: Konrad Adenauer, Albert Einstein, Max Liebermann, Thomas Mann).

Das Volksbegehren gegen den Young-Plan schaffte knapp die 10% Hürde. Die „Nationale Opposition“ verstärkte ihre Agitation gegen „Kriegsschuldflüge“ und „Versklavung des deutschen Volkes“ in einer Zeit sich überstürzender Ereignisse: Am 3. Oktober 1929 starb Außenminister Stresemann; am 22. Oktober stürzte sein französischer Kollege Briand. Am 24. Oktober brach die New Yorker Börse zusammen. Die Weltwirtschaftskrise traf Deutschland besonders hart, da die Rationalisierungen der Zwanziger Jahre mit ausländischen Krediten durchgeführt worden waren, die nun abgezogen wurden; Preisverfall für industrielle und landwirtschaftliche Produkte, Produktionseinschränkungen, weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit waren die Folgen.

Am 2. Dezember 1929 veröffentlichte der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) eine Denkschrift mit dem Titel „Aufstieg oder/ Niedergang“. Darin forderte der RDI Steuererleichterungen für die Industrie, Reduzierung von Sozialleistungen, Erhöhung der Verbrauchersteuern, Beschränkung der Staatseingriffe in die Wirtschaft, Exportförderung, Senkung der Beiträge zur Sozial- und Arbeitslosenversicherung u.ä. Mit einem Memorandum vom 6. Dezember 1929 unterstützte der Reichsbankpräsident die Unternehmerforderungen gegen die Regierung. Schacht distanzierte sich darin auch vom Young-Plan, den die Regierung u.a. durch das Hinausschieben einer Finanzreform verfälscht hätte. Schacht, der Präsident der Reichsbank, führender Verhandlungspartner bei den Pariser Sachverständigen-Verhandlungen und Unterzeichner des Young-Planes, ging in das Lager der Young-Plan-Gegner über.

### **Zerfall der "nationalen Opposition"**

Nach der Ablehnung des „Freiheitsgesetzes“ im Reichstag kam es am 22. Dezember 1929 zum Volksentscheid. 5,8 Millionen Menschen (= 13,8% der Stimmberechtigten) sprachen sich gegen den Young-Plan aus. Damit war das „Freiheitsgesetz“ vom Tisch. Die „nationale Opposition“ zerbröckelte. Bereits bei der Abstimmung im Reichstag hatten sich 24 Deutschnationale der Stimme enthalten; gleich nach dem Volksentscheid scherte der Reichslandbund aus dem „Reichsausschuss für das Volksbegehren“ aus.

Dennoch darf die Anti-Young-Plan-Kampagne wegen ihrer außen- wie innenpolitischen Wirkungen nicht unterschätzt werden. Im Ausland wurde das Mißtrauen wieder wach. Von dem Volksbegehren und dem Schacht-Memorandum beunruhigt, drängte Frankreich bei der 2. Haager Konferenz Anfang 1930 auf eine Sanktionsklausel. Diese abschließenden Verhandlungen brachte Schacht beinahe zum Scheitern, als er die

### **"Freiheitsgesetz"**

### **Tod Stresemanns**

### **Börsenkrach**

### **RDI-Denkschrift:**

### **"Aufstieg oder Niedergang"**

### **Schacht im Lager der Young-Plan-Gegner**

### **Haager Konferenz**

Mitarbeit der Reichsbank an der von ihm selbst mitinitiierten Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Frage stellte. Schacht, nach der „Bombe“ vom Haag „ein toter Mann, der überall abgewirtschaftet hatte“, trat am 7. März 1930 zurück, am 12. März wurde der Young-Plan ratifiziert, am 27. des Monats trat das Kabinett Müller, die letzte parlamentarische Regierung der Weimarer Republik, zurück.

**„Bombe“ vom Haag**

**Rücktritt Kabinett Müller**

Ein von Zentrum, BVP, DVP und DDP getragenes Minderheitskabinett unter Einbeziehung der ehemaligen Deutschnationalen Schiele und Treviranus löste die große Koalition ab. Diese erste Kabinett Brüning bestand bis zum 7. Oktober 1931. Der Reichskanzler Brüning (Zentrum) setzte sein rigoroses Sparprogramm ohne parlamentarische Mehrheit mit Hilfe von Notverordnungen (§ 48 der Weimarer Verfassung, der sog. Diktatur-Paragraph) durch. Im Juli 1930 löste Brüning den Reichstag auf und setzte Neuwahlen an.

**Kabinett Brüning**

### Reichstagswahlen 1930

Die Parlamentswahlen vom September 1930 waren durch das Ansteigen der NSDAP-Stimmen (1928: 2,6%; 1930 18,3%), Wahlverluste der Liberalen (von ca. 13 auf 8,5%, wobei insbesondere die DVP Stimmen verlor) und der DNVP (die die Hälfte ihrer Mandate einbüßte) bestimmt. Das katholische Zentrum und die Arbeiterparteien (mit Verschiebungen zugunsten der KPD) mussten nur leichte Verluste hinnehmen. Die Reichstagswahl veränderte an der Regierungspolitik nichts, Brüning regierte weiterhin halbdiktatorisch mit stillschweigender Billigung der SPD, die noch stärkste Fraktion im Reichstag war. Im Februar 1931 zogen eine Reihe von Oppositionsparteien aus dem Reichstag aus (Anlass: Haushaltsänderungsvorschläge sollten Deckungsvorschläge enthalten), das waren die NSDAP, die KPD (die aber zurückkehrte), die DNVP und ein Teil des Landvolks.

Linksliberale: DDP  
Rechtsliberale: DVP

### Krisenauswirkungen 1931

1931 trafen die Auswirkungen der Krise nahezu alle Schichten der Bevölkerung. Millionen Arbeiter und Angestellte waren ohne Arbeit. Der Mittelstand und die Bauern waren hoch verschuldet, viele mussten ihre Läden, Handwerksbetriebe und Höfe aufgeben. Die Beamten mussten eine Gehaltskürzung um die andere hinnehmen, und auch die Großunternehmer verbuchten Verluste, Banken brachen zusammen. So hatte das Hoover-Moratorium, das die Zahlung aller zwischenstaatlichen Schulden ab 1. Juli 1931 für ein Jahr aufschob, kaum innenpolitische Auswirkungen, zumal es durch Brünings rigorose Sparpolitik vorbereitet und begleitet wurde.

4,4 Millionen Arbeitslose im Jahresdurchschnitt

**Hoover-Moratorium**

Wachsende Kritik in landwirtschaftlichen und industriellen Kreisen an der Brüning-Politik spiegelte sich in den Auseinandersetzungen innerhalb der Interessenverbände und Parteien (insbesondere Landbund und DVP) wider. Diese Vorgänge bewogen Brüning Anfang Oktober 1931, kurz vor dem Harzburger Treffen der „Nationalen Opposition“ sein Kabinett umzubilden. Mit der ausdrücklichen Weisung des Reichspräsidenten Hindenburg, nun eine völlig „unabhängige“ Regierung „ohne parteimäßige Bindungen“ zu bilden, wurde ein weiterer Schritt zum autoritären „Fachkabinett“ getan.

## Zusammensetzung der "nationalen Opposition"

Welche Parteien und Interessenverbände waren es, die sich im Oktober 1931 zur „nationalen Opposition“ zählten, d.h. sich zur strikten Ablehnung der parlamentarischen Demokratie und zu verschiedenen Diktaturmodellen bekannten?

Alfred Hugenberg, der in seiner Funktion als Parteivorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) das Harzburger Treffen initiiert hatte, war 1890 an der Gründung des Alldeutschen Verbandes maßgeblich beteiligt gewesen. Der ADV wurde zu einer der wichtigsten Propagandaorganisationen militaristischer und nationalistischer Gedanken in der Vorkriegsphase des 1. Weltkrieges. Hugenberg (seit 1909 Vorstandsvorsitzender der Friedrich Krupp AG in Essen) arrangierte zu Kriegsbeginn Treffen zwischen dem Vorsitzenden des ADV, Heinrich Claß und Großindustriellen wie Kirdorf, Stinnes, Thyssen u.a. (Kriegszielenkschriften). In der zweiten Kriegshälfte bis in die Anfangsjahre der Weimarer Republik wirkte der ADV offen antisemitisch und rassistisch, 1919 ging aus ihm eine militant antisemitische Organisation, der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund hervor. 1931, in Bad Harzburg, gehörte der ADV-Vorsitzende Heinrich Claß zur Altherrenriege der „Völkischen“, der Einfluss des Alldeutschen Verbandes war stark zurückgegangen.

### Alldeutscher Verband

Im 1. Weltkrieg hatte Hugenberg begonnen, seinen Pressekonzern aufzubauen. Ausgangspunkt war die AIA, eine Gesellschaft, die Anzeigen der Schwerindustrie an national gesinnte Zeitungen vermittelte (das Monopol von Rudolf Mosses Anzeigen-Expedition sollte gebrochen werden). Der Scherl-Konzern, die UFA, die Telegraphen-Union sind nur einige Stichpunkte zum Presse-Imperium Hugengebgs. Hugenberg, der seit 1919 Abgeordneter der DNVP (Partei der Großgrundbesitzer und des rechten Flügels der Großindustrie) war, übernahm 1928 deren Vorsitz, führte eine harte Konfrontation gegen den parlamentarisch orientierten Flügel, der 1929/30 aus der Partei gedrängt wurde.

### Presseimperium Hugenberg

Die NSDAP (oder genauer: ihr „Führer“) war 1930/31 dabei, sich bei der Großindustrie hoffähig zu machen. Andererseits versuchte sie, ihre Massenbasis im Kleinbürgertum auszuweiten und in der Arbeiterschaft Fuß zu fassen.

### Die NSDAP

Die Brisanz der Teilnahme Hitlers an der Harzburger Tagung wird deutlich angesichts der Fragen, die die Zeitung der christlichnationalen Gewerkschaften „Der Deutsche“ in ihrer Sonntagsausgabe (11.10.1931) an den Tagungsteilnehmer Hitler richtete:

- „1. Herr Hitler, haben Sie schwerindustriellen Führern die Erklärung abgegeben, dass Sie mit Ihrer Partei gegen Gewerkschaften und gegen Tarifverträge sind?
2. Haben Sie die Absicht, gemeinsam mit Herrn Hugenberg nach den Rezepten von Hartz und Bang die deutsche Sozialversicherung zu zerschlagen?
3. Halten Sie es mit den Pflichten einer Arbeiterpartei für vereinbar, wenn diese sich von sozialreaktionären Arbeitgebern mit Geld unterstützen lässt?“

Diese Fragen klingen heute natürlich reichlich naiv. Doch gab es innerhalb der NSDAP einen „linken“ Flügel, der mehr mit dem zweiten Teil des Wortes „nationalsozialistisch“ agitierte. Zwar hatte sein härtester Vertreter Otto Strasser 1930 die Partei verlassen, aber es gab weiterhin Vertreter dieser Richtung, den Bruder Gregor Strasser, Graf Reventlow u.a. Und es gab den Wirtschaftsexperten der NSDAP, Gottfried Feder, mit seiner Parole „Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes“, also mit Stoßrichtung gegen das Finanzkapital und die Banken, für die der verschuldete Mittelstand besonders empfänglich war. Feder hatte den Reichsbankpräsidenten Schacht 1925 einen „ausgesprochenen Lump“ genannt. Nun zeigte sich Hitler der Öffentlichkeit neben dem ehemaligen Reichsbankchef.

## Der Strasser-Flügel

Schacht war nicht als Redner in Bad Harzburg angekündigt worden, seine Rede wurde der Skandal des Tages. Das Berliner Tageblatt titulierte sie als „verbrecherisch“, die Frankfurter Zeitung sprach vom „inflationlüsternen Vorstoß Schachts.“

## Schacht-Rede: Skandal des Tages

Schachts Rede begann mit den Worten: „Die Tatsache, dass ein Wirtschaftler ohne jede parteimäßige Bindung heute hier vor Ihnen sprechen darf, ist ein weiterer Beweis dafür, dass diese Tagung weit über den Rahmen einer Parteiveranstaltung hinausreicht. In der Tat hat die deutsche Wirtschaft an dem Enderfolg der nationalen Bewegung das brennendste Interesse.“

Bereits im Januar 1931 hatte sich Hitler mit Schacht getroffen. Schacht, der über vielfältige Beziehungen zu Industrie- und Finanzkreisen verfügte, wurde der wichtigste wirtschaftspolitische Berater Hitlers. Anfang 1932 bildete sich der sog. Keppler-Kreis, dem Schacht, die Schwerindustriellen Albert Vogler, Fritz Thyssen und andere Industrielle angehörten. Dieser Kreis machte sich daran, den Einfluss des Feder- und Strasser-Flügels zurückzudrängen.

## Keppler-Kreis

Der Reichsverband der Deutschen Industrie war nicht offiziell in Harzburg vertreten, dafür hatten sich zahlreiche prominente Unternehmer und Bankiers eingefunden. Als Organisation nahm dagegen der Reichslandbund teil und dokumentierte damit die endgültige Abwendung von seinem ehemaligen Präsidenten, dem Brüning-Minister Schiele.

## Schwerindustrielle und Großagrariere

Der „Stahlhelm“, die Organisation der Frontsoldaten des 1. Weltkrieges, dessen Führer Seldte in Harzburg sprach, stand der DNVP nahe, hatte aber auch Mitglieder aus den anderen bürgerlichen Parteien. Der „Stahlhelm“ war eine „gesellschaftliche“ Organisation, die militaristische und antisemitische Ideologien quer durch das bürgerliche Lager transportierte.

## Stahlhelm

Bedeutsam war die Teilnahme des General von Seeckt, Chef der Heeresleitung in den Jahren 1920 - 1926 und Abgeordneter der DVP. Obwohl die DVP nicht offiziell an dem Harzburger Treffen teilnahm, signalisierte die Teilnahme des prominenten Mitgliedes den Kurswechsel hin zur „nationalen Opposition“.

## General von Seeckt, DVP

(Dieser Kurswechsel hatte sich schon Anfang 1931 abgezeichnet, als die DVP das Stahlhelm-Volksbegehren zur Auflösung des preußischen Landtages unterstützte.)

## Der Fall Franzen

Das Treffen der „nationalen Opposition“ kam vor allem auf das Betreiben Alfred Hugenbergs zustande. Hitler zögerte, seine Teilnahme zuzusagen und machte sie schließlich von landespolitischen Zugeständnissen abhängig. Seit den Wahlen vom 15. September 1930 gab es im Land Braunschweig eine Koalitionsregierung aus dem Zusammenschluss der bürgerlichen Parteien, der Bürgerlichen Einheitsliste (BEL), und der NSDAP. Die Nazis bekamen eines der zwei Ministerien mit den wichtigen Ressorts Innen und Volksbildung. Doch der NSDAP-Minister Franzen, ehemaliger Spitzenkandidat von Schleswig-Holstein, geriet schon zu Beginn seiner Amtszeit in die überregionalen Schlagzeilen. Ein Strafverfahren wurde gegen ihn eingeleitet wegen Irreführung der Berliner Polizei.

### Koalition in Braunschweig

Für die Nazis war das Parlament nur ein Nebenschauplatz. Am 21./22. Februar 1931 hielten sie ihren Gauparteitag in Braunschweig unter Polizeischutz ab (die Polizei unterstand dem Innenminister) - eine Generalprobe für die kommenden Aufmärsche.

### Gauparteitag

Am 27. Juli 1931 trat Franzen überraschend zurück. Die „nationale Opposition“ war zu Beginn des Jahres aus dem Reichstag ausgezogen, die braunschweigische Regierung hatte im Juni einer von NSDAP und DNVP eingebrachten Resolution gegen die Notverordnungspolitik der Reichsregierung zugestimmt. Andererseits musste die Landesregierung die Notverordnungen durchführen - dies nahm Franzen zum Anlass zurückzutreten. Der Rücktritt erwies sich als ein unkluger Schritt und wurde von Hitler im nachhinein als großer Fehler gerügt. Die Bürgerliche Einheitsliste erklärte nämlich, künftig nur mit einem Minister, dem Deutschnationalen Kuchenthal regieren zu wollen. Hitler brauchte Minister in den Landesregierungen; die Verantwortung für die Notverordnungspolitik konnten diese dann auf die Reichsregierung weiterschieben.

### Franzens Rücktritt

Am 7. September 1931 schrieb Hitler an Hugenberg: „Ich habe mich deshalb entschlossen, an Sie, sehr verehrter Herr Geheimrat, die Frage zu richten, ob es Ihrem Einfluss möglich ist, in Braunschweig auf Ihr Parteimitglied dahingehend einzuwirken, dass die in Frage stehende Verordnung entweder sofort zurückgezogen wird oder bis längstens und höchstens 15. September befristet wird. Ebenso, dass die Deutschnationale Partei sich restlos für die Wiederbesetzung der zweiten Ministerstelle durch einen Nationalsozialisten einsetzt. Sollte diese Angelegenheit nicht in diesem Sinne entschieden werden können, dann teile ich Ihnen, hochverehrter Herr Geheimrat, mit, dass ich am 16. September den Austritt der Nationalsozialistischen Partei aus der nationalen Opposition als vollzogen ansehe und der Öffentlichkeit endgültig bekanntgeben werde.“

### Drohungen Hitlers

Das Ergebnis ist bekannt. Am 15. September 1931 wurde Dietrich Klagges Innen- und Volksbildungsminister des Landes Braunschweig.

## NSDAP-Wahlerfolge im Land Braunschweig

Wie kam es, dass ausgerechnet im Land Braunschweig die Nationalsozialisten bereits 1930 so starke Gewinne zu verbuchen hatten?

Eine detaillierte Analyse steht noch aus.

Bei den Landtagswahlen 1927 erhielt die NSDAP 3882 Stimmen (3,7%) und einen Abgeordneten. Bei der Wahl 1930 gewann sie 18.000 Stimmen hinzu (22,2%) und erhielt neun Mandate. Als sicher gilt, dass die Nichtwähler von 1927 nun der NSDAP ihre Stimme gaben und dass die Partei vor allem in ländlichen Regionen, so beispielsweise im Amt Salder, ihre schon 1927 überdurchschnittlichen Positionen weiter ausbauen konnte.

### Zuwachs auf dem Land

Dabei steckte die Agrarpolitik der NSDAP 1930 erst in ihren Anfängen. Bis dahin hatte es kein Agrarprogramm gegeben. Die Agitation der NSDAP konzentrierte sich auf den städtischen Mittelstand. 1930 begann die Partei unter Darres Anleitung, ein Netz von landwirtschaftlichen Vertrauensleuten aufzubauen und die Landbünde zu unterwandern.

Es ist zu vermuten, dass die langjährige Agitation bekannter Nationalsozialisten, z.B. Karl Dincklages („Rucksackmajor“), einiges zu den Wahlerfolgen der NSDAP auf dem Land beigetragen hat.

### Rucksackmajor

In vielen Dörfern hatten die Nazis 1930 bereits deutlich mehr Stimmen als die bürgerliche Einheitsliste. Zwar waren absolute Mehrheiten (Atzum 69%, Bortfeld 63%, Flechtorf 61%, Lehre 58% u.ä.) noch die Ausnahme, doch der Trend der Landbevölkerung weg von den rechten „bürgerlichen Parteien hin zur NSDAP war schon klar zu sehen. Die Harzkreise waren durch ihre Strukturmerkmale Bergbau und Badebetriebe/Tourismus noch einigermaßen stabil. Im Amt Seesen kam die SPD 1930 noch knapp über 50%. Im Amtsbezirk Harzburg erreichte sie 43%, die BEL 28% und die Nazis 20% (Landesdurchschnitt 22.2%)

Bad Harzburg war also noch keine Nazi-Hochburg. Seit 1927 versuchten diese allerdings, die als Judenbad bezeichnete Stadt zu erobern; Wolfenbütteler SA-Männer verprügelten jüdische Kurgäste.

Bei der Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1932 allerdings war Bad Harzburg mehrheitlich „braun“. Hitler erhielt im 1. Wahlgang 51%, im 2. Wahlgang 61% der Stimmen im Kurort.

## Abdankung der bürgerlichen Parteien

Die bürgerlichen Parteien taten sich immer schwerer, ihre Politik unters Volk zu bringen. Die bis Oktober 1931 in Regierungsverantwortung (Reich) stehende DVP konnte nicht einmal ihren Mitgliedern die von der DVP mitgetragene Politik klarmachen. Ein paar Beispiele aus Schreiben der Geschäftsstelle Braunschweig der DVP an die Reichsgeschäftsstelle in Berlin.

- 26.6.1929 Die Agitation der DNVP zum Young-Plan liegt den Landwirten gefühlsmäßig näher.
- 8.8.1929 Wie haben wir uns angesichts des Volksbegehrens gegen den Young-Plan zu verhalten? Sehr viele Mitglieder, besonders auf dem Land, sind Stahlhelmer.
- 23.8.1929 Die Landeszeitung behauptet, der Industrielle Vogler (DVP) sei für das Volksbegehren. Stimmt das?
- 16.1.1930 Stimmung unter den Anhängern „seit Wochen sehr oppositionell und sehr kritisch... Die Leute laufen in Scharen weg... Es sind im Laufe der letzten Woche die Treuesten der Getreuen gekommen und haben erklärt: wir können diese Dinge nicht mehr mitmachen. Erst heute wieder, nachdem die Landeszeitung mit ihren alarmierenden Artikeln gelesen worden ist (Sanktionsformel, Schacht boykottiert die BIZ). Es müsse endlich eine Information über den wirklichen Inhalt des Young-Planes erfolgen.
- 20.5.1930 Dringende Bitte, „doch mehr den Kampf gegen die Nationalsozialisten zu führen“. Es fehlt an Unterlagen, Rednern usw.

Bei den Reichstagswahlen 1930 verlor die DVP im Land Braunschweig 40% ihrer Stimmen gegenüber 1928).

Von der Harzburger Tagung hatte die regionale DVP erst aus Zeitungsmeldungen erfahren. „Es geht nun bei uns im Lande das Gerücht umher, dass auch die DVP sich bei dieser Zusammenkunft der Oppositionsgruppen vertreten lasse. (Die BNN hatten auch schon das Erscheinen v. Seeckts angekündigt). „Wir bitten um schnellste Mitteilung, was an diesen Dingen Tatsache ist, damit wir unterrichtet sind. Wir haben an dieser Harzburger Tagung der Opposition insofern ein besonderes Interesse, da Harzburg im Lande Braunschweig liegt und deshalb im Brennpunkt der Erörterung steht.“ (6.10.1931)

Auch die DNVP musste bei den Reichstagswahlen 1930 hohe Verluste hinnehmen (43 % im Land Braunschweig). Doch erst nach Harzburg begannen ihr die Felle wegzuschwimmen. Im Oktober 1931 begann der Sturm der NSDAP auf den Landbund, der bislang unter dem Einfluss der Deutschnationalen stand. Die Nazis griffen den amtierenden Vorstand an und erkämpften sich Vorstandsposten. „Die neuen Mitglieder benutzen die Landbundversammlungen, um reine Propagandareden für die Nazis zu halten. Das ‘Heil Hitler’ schließt die Ausführungen von Landbundvorstandsmitgliedern in Landbund- Versammlungen ab.“ (Roloff)

## Hilflosigkeit bei der DVP

## DNVP

## Landbund



Mitte 1932 war die Handwerkskammer zur NSDAP übergegangen. Die Abgeordneten der Bürgerlichen Einheitsliste Vahldiek und Schmidt wurden Mitglieder der NSDAP.

## Handwerkskammer

Am 2. August 1932 schrieb der Deutschnationale Prof. Roloff an die Reichsparteileitung der DNVP über den Ausgang der Reichstagswahlen: „Wenn Landtagswahlen gewesen wären, hätte die NSDAP von 40 Sitzen 21 bekommen. Wir hätten 2 (zwei!) gerettet.“ An Geld für den Wahlkampf habe es nicht gefehlt; das Dilemma der Deutschnationalen: „Die Arbeit haben wir, die Erfolge hat Herr Klagges.“

Als Beispiel führte Roloff folgenden Vorfall an: „Die kleinen Landwirte aus dem Harz, vielfach unsere Mitglieder, beantragen Herabsetzung der sog. Forstweidegelder. Küchenthal schlägt dies trotz unserer Fürsprache ab. Nun wenden sie sich an die Nazis. Diese stellen einen Antrag. Ehe der Antrag im Landtage überhaupt nur verhandelt wird, bewilligt Klagges die Forderung.“

## Die Presse stellt sich um

Eine große Rolle für die Rechtsentwicklung spielte die Presse. Je kleiner die Zeitungen waren (Auflagen von 1000 - 2000 Exemplaren waren bei den Provinzblättern üblich), desto mehr waren sie auf den Bezug von Matern und Korrespondenzen angewiesen. Von 43 Zeitungen des Harz-Gebietes bezogen 19 Korrespondenz, Landesdienst u.ä. des Wolfseher Telegraphenbüro und 11 die der (Hugenbergschen) Telegraphenunion. Am WTB allerdings war Hugenberg auch zu 25% beteiligt. Keines der kleinen Blättchen im Harzgebiet gehörte zu einem größeren Zeitungskonzern.

Im November 1929 richtete die Reichsgeschäftsstelle der DVP ein vertrauliches Schreiben an die Wahlkreisgeschäftsstelle der DVP in Hannover. Es hieß darin:

„Anliegend senden wir Ihnen zwei Verzeichnisse von Zeitungen Ihres Wahlkreises, die sämtlich auf die Verwendung von Matern angewiesen bzw. eingerichtet sind. Wir bitten Sie die Listen durchzusehen, eine zurückzugeben und in ihr anzugeben, welche Zeitungen der Volkspartei nahestehen und welche durch Einwirkung örtlicher Parteifreunde (Inserenten etc) zur Benutzung einer bestimmten Maternkorrespondenz veranlasst werden können. Ebenfalls bitten wir Bezeichnung derjenigen Blätter, die völlig fest recht oder links von uns stehen und deren Bearbeitung daher aussichtslos erscheint.“ Zum Schluss des Schreiben wurde die „Wichtigkeit der Aufgaben“ betont, „in der Provinzpresse gegenüber dem beherrschenden Einfluss Hugenbergs, der allein über drei Maternkorrespondenzen verfügt, Eingang zu finden“.

Die Braunschweiger Landeszeitung (BLZ) gehörte ebenso wie die Braunschweiger Neuesten Nachrichten und der Braunschweiger Allgemeine Anzeiger zum Leonhardt-Konzern (Dresden). Der Chefredakteur der BNN und BLZ, Raabe, war Mitglied der DVP.

Nach zehnjähriger Zusammenarbeit zwischen BLZ und DVP kam es Anfang 1930 zum ersten Konflikt, da der Leitartikler der BLZ, Hanns Dohrmann, das Verhandlungsergebnis im Haag (Young-Plan) als „katastrophale Niederlage“ bezeichnet hatte. Die Geschäftsstelle der DVP in Braunschweig berichtete nach Berlin, die Stimmung in der Mitgliedschaft sei schlecht (d.h. viele teilten die Einschätzung der BLZ) und vor den Landtagswahlen sei kein Bruch mit der Zeitung möglich. Die BLZ brachte nun „häufig Meldungen des Hugenberg-Pressedienstes“. Ende 1930 wurden die Artikel Dohrmanns immer schärfer, es kam zu erneuten Auseinandersetzungen, in deren Folge Raabe erklärte „dass er unter den jetzigen zerrütteten Parteiverhältnisse es für richtig hält, sich keiner Partei offiziell anzuschließen.“ Er und Dohrmann traten Anfang 1931 aus dem Presseverein der DVP aus. Seit dieser Zeit muss man die BLZ als nazi-freundliches Blatt bezeichnen, Dohrmann wurde wohl auch 1931 Mitglied der NSDAP.

Die DVP bemerkte: "Durch die einseitige Einstellung und Kampfweise der Landeszeitung schwimmen uns immer mehr und mehr Mitglieder ab..."

### Provinzzeitungen

Matern =  
Papptafeln, in die der Satz zum nachfolgenden Guss der Druckplatte abgeformt ist.

### DVP-Vorstöße gegen die Monopressen

### BLZ und BNN

### Ab 1931: betont nazi-freundlich

## Die Harzburger Tagung im Spiegel der Presse

Die Bewertung der Harzburger Tagung war schon in der zeitgenössischen Berichterstattung umstritten - sie ist es heute noch.

In der rechten Presse dominierte eine ausführliche Dokumentation der Reden, oder aber bei den kleineren Zeitungen Stimmungsberichte. So erfahren wir aus der Wolfenbütteler Zeitung Näheres über den „ökumenischen“ Gottesdienst, bei dem ein (allerdings bereits suspendierter) katholischer Divisionspfarrer und ein evangelischer Pastor aus Berlin amtierten. Und über die kräftigen Gesänge „Der Gott, der Eisen wachsen ließ“ und „Wir treten zum Beten“. In der „nationalen“ Presse wird die Harmonie der Tagung, die gemeinsamen Forderungen, die imposanten Kundgebungen herausgestellt

Der sozialdemokratische Volksfreund stellt die Differenzen der Tagungsteilnehmer in den Vordergrund, den Fahnenkrach, das Fehlen Hitlers beim Vorbeimarsch der „Stahlhelmer“, die Mißhandlung eines Mitglieds der Kurverwaltung durch SA-Leute und die hochverräterischen Äußerungen Schachts, die Teilnahme westfälischer Schwerindustrieller und ostelbischer Großagrarien.

Die Ausgaben der Niedersächsischen Arbeiterzeitung, der Zeitung der KPD, fehlen. Vermutlich war ihr Erscheinen verboten. Am 9.10 waren in Bündheim (Restaurant Heiliges Holz) 26 Funktionäre der KPD „präventiv“ verhaftet worden.

Die liberale Frankfurter Zeitung bewertete die Tagung als „über Erwarten einheitlich“, ein großer Teil der bürgerlichen Mitte sei von Brüning abgefallen, die Nationalsozialisten wollten nun über den Umweg einer Koalition an die Macht.

**Dokumentation der Reden; Stimmungsberichte**

**Differenzen Skandale**

## Bruderzwist im Hause Harzburg

Vieles spricht dafür, dass der „Bruderzwist im Hause Harzburg“ sofort nach der Tagung begonnen hatte. Die NSDAP zeigt eine Woche später bei ihrem Aufmarsch in Braunschweig, wie stümperhaft die Harzburger Heerschau verlaufen war. Die Machtdemonstration fordert ihre Opfer. Der Arbeiter Fischer wird von SA-Männern auf offener Straße totgeschlagen, der Arbeiter Engelke erschossen. Die Klagges-Polizei greift nicht ein.

An der Frage der Reichspräsidentenwahl 1932 spaltete sich die Harzburger Front vorläufig endgültig. Hindenburg hatte sich zur Kandidatur entschlossen unter der Bedingung, „dass die Wahl absolut sicher sein muss und dass nicht die Harzburger Front geschlossen dagegen ist.“

Als es in der „nationalen Opposition“ zu keiner Einigung über einen gemeinsamen Kandidaten gegen Hindenburg kam, entschloss sich Hitler selbst zu kandidieren. Als Voraussetzung dafür fehlte ihm freilich die deutsche Staatsangehörigkeit. Die erlangte er bekanntlich in Braunschweig, als ihn NS-Minister Klagges unter Beihilfe seines deutschnationalen Kollegen Küchenthal zum Regierungsrat ernannte.

**SA-Aufmarsch am  
17./18.10.1931**

**Reichspräsidenten-  
wahl März/April 1932**

**Hitler am 25.2.1932  
braunschweigischer  
Regierungsrat**

## Ergebnisse der Reichspräsidentenwahl

Am 23. Februar 1932 erließen DNVP und Stahlhelm einen Aufruf zur Wahl Duesterbergs, dem Kandidaten ihres neugebildeten „schwarzweiß-roten Kampfblocks“. Hindenburg siegte am 13. März 1932 im ersten Wahlgang mit 49,6% (Hitler: 30,1%; Duesterberg: 6,8%; Thälmann: 13,2%). Im zweiten Wahlgang, am 10. April 1932, verzichteten DNVP und Stahlhelm auf einen eigenen Kandidaten und gaben keine Wahlempfehlung: Hindenburg erhielt nun 53, Hitler 36,8% der Stimmen.

Im Oktober 1932, zum Jahrestag der Harzburger Tagung veröffentlichte Hugenberg seinen Briefwechsel mit Hitler und rief auf: „Lasset uns auch ohne diejenigen, die uns seitdem verlassen haben, Harzburg verwirklichen!“

Anfang November 1932, kurz vor den Reichstagswahlen, sprach Hugenberg auf einer Großkundgebung in Braunschweig, auf der scharfe Töne gegen die NSDAP fielen. Der nationalsozialistische Landtagspräsident Zörner antwortete: „Einen ‘Geist von Harzburg’ ... gibt es im übrigen nicht, es gibt auch keine Idee von Harzburg. Die Harzburger Front ist erledigt. Sie hatte nur ein negatives Nahziel, nämlich den Sturz Brünnings, seinerzeit aufgestellt... Vom Harzburger Geist der Deutschnationalen sind wir endgültig kuriert und haben nicht die geringste Sehnsucht nach Wiederkehr.“

**Der Geist von Harz-  
burg**

Tatsächlich meinten dann diejenigen, die im Januar 1933 die Harzburger Front wiederbelebten, ein Reichskanzler Hitler werde von ihnen kontrolliert werden können: „Wir rahmen also Hitler ein“. Die Rahmenfiguren, wie Hugenberg und Papen, wurden sehr schnell von Hitler in die Ecke gestellt oder sie führten wie der Stahlhelmer Seldte ein Schattendasein an der Seite Hitlers.

# Bürgerliche Parteien in der Weimarer Zeit

## Die Liberalen

Am 15. November 1918 erschien ein Aufruf zur Begründung einer demokratischen Partei. Er stellte sich auf den Boden der Republik, billigte die Sozialisierung nur für monopolartige Betriebe, erklärte sich gegen jeden Terror und machte in allen politischen wie sozialpolitischen Fragen weitgehende Zugeständnisse an die neuen Verhältnisse. Verhandlungen zwischen den Leitern der bisherigen Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen, sich in einer neuen Partei zusammenzuschließen, führten zu keinem Ergebnis.

Der rechte Flügel der Nationalliberalen Partei blieb außerhalb und gründete etwas später die "**Deutsche Volkspartei**" (**DVP**); der linke vereinigte sich mit den Linksliberalen zur "**Deutschen Demokratischen Partei**".

Das Programm der **DVP** unterschied sich von dem der Demokratischen Partei kaum. Nur fand sie keine feste Stellung zur Republik; sie erklärte die Frage der Staatsform für offen; tatsächlich war die Mehrzahl ihrer Anhänger für Wiedererrichtung einer Monarchie, allerdings in der Form des parlamentarischen Systems.

Die **DVP** vertrat die Interessen eines Teils der Schwerindustrie (Stinnes & Co.) und der Banken.

1924 gelang der "**Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes**" der Sprung in den Reichstag. Sie ging davon aus, dass für Angehörige des Mittelstandes wirtschaftliche Standesinteressen weit wichtiger seien als politische Fragen und forderte vor allem die Einschränkung der Staatsausgaben, der Steuern, der Eingriffe des Staates in das wirtschaftliche Leben. Die Wirtschaftspartei wuchs auf Kosten der Demokratischen Partei.

## Die Rechte

Rechts von diesen Parteien bildete sich die "**Deutschnationale Volkspartei**" (**DNVP**). Ihr Programm unterstrich die Bedeutung der Kirche und erklärte sich indirekt für die Wiedereinführung der Monarchie. Führend in der Partei waren anfangs die gemäßigten Politiker, vielfach die Christlich-Sozialen. Doch schnell wurde die DNVP zu einer republikfeindlichen, antisemitischen Partei, in der Großgrundbesitzer, Militärs und Schwerindustrielle die Richtung bestimmten.

**1929**

- 11.2.-7.6. *Pariser Sachverständigenkonferenz zum Young-Plan*
- 9.7. *"Reichsausschuss für das deutsche Volksbegehren"*
- 6.8.-31.8. *1. Haager Konferenz zum Young-Plan*
- 3.10. *Tod von Außenminister Stresemann (DVP)*
- 24.10. *"Schwarzer Freitag", Beginn der Weltwirtschaftskrise*
- 2.12. *Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie*
- 6.12. *Schacht-Memorandum*
- 22.12. *Volksentscheid gegen den Youngplan erfolglos*

**1930**

- 3.1.-20.1. *2. Haager Konferenz: Annahme des Youngplans*
- 7.3. *Rücktritt des Reichsbankpräsidenten Schacht*
- 11./12.3. *Ratifizierung der Young-Verträge durch den Reichstag*
- 27.3. *Rücktritt der Regierung Müller*
- 29.3. *Bildung der Regierung Brüning*  
  - Reichskanzler: Brüning (Zentrum)*
  - Auswärtiges: Curtius (DVP)*
  - Inneres: Wirth (Zentrum)*
  - Wirtschaft: Dietrich (DDP)*
  - Wehr: Groener (parteilos)*
  - Ernährung: Schiele (DNVP/Landvolk)*
- 14.9. *Reichstagswahlen (weiterhin Kabinett Brüning)*  
*Landtagswahlen in Braunschweig: Koalition Bürgerliche Einheitsliste / NSDAP*

**1931**

- 9.2. *Auszug der "Nationalen Opposition" aus dem Reichstag*
- 21./22.2. *Gauparteitag der NSDAP in Braunschweig*
- 20.6. *Hoover Moratorium*
- 13.7. *Zusammenbruch der Danatbank*
- 27.7. *Rücktritt des Braunschw. Ministers Franzen (NSDAP)*
- 15.9. *Dietrich Klagges wird Braunschw. Minister*
- 27.9. *HJ-Tagung in Bad Harzburg*
- 9.10. *Umbildung des Kabinetts Brüning:*  
  - Inneres: Groener (parteilos)*
  - Auswärtiges: Brüning*
  - Wirtschaft: Warmbold (parteilos)*
- 11.10. *Treffen der Harzburger Front*

**1932**

- 25.2. *Hitler wird Braunschw. Regierungsrat*
- 13.3. *Reichspräsidentenwahl, 1. Wahlgang*
- 10.4. *Reichspräsidentenwahl, 2. Wahlgang*
- 30.5. *Rücktritt der Regierung Brüning*
- 1.6. *Papen Reichskanzler (Kabinettsmitglieder Deutschnationale und Parteilose)*
- 12.7. *Braunschweig: Übertritt zweier bürgerl. Landtagsabgeordneter zur NSDAP*
- 31.7. *Reichstagswahlen*
- 13.8. *Hitler und Papen bei Hindenburg*
- 6.11. *Reichstagswahlen*
- 3.12. *Schleicher wird Reichskanzler*

## Literatur

- Gessner, Dieter: Agrarverbände in der Weimarer Republik. Wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen agrarkonservativer Politik vor 1933, Düsseldorf 1976
- Guratzsch, Dankwart: Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenburgschen Presseimperiums, Düsseldorf 1974
- Holzbach, Heidrun: Das "System Hugenberg". Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP, Stuttgart 1981
- Jasper, Gotthard (Hrsg.): Von Weimar zu Hitler, Köln/Berlin 1968
- Kaiser, Klaus: Braunschweiger Presse und Nationalsozialismus. Der Aufstieg der NSDAP im Lande Braunschweig im Spiegel der Braunschweiger Tageszeitungen 1930 - 1933, Braunschweig 1970 (Braunschweiger Werkstücke 43)
- Koszyk, Kurt: Deutsche Presse 1914 - 1945. Geschichte der deutschen Presse, Teil III, Berlin 1972
- Müller, Helmut: Die Zentralbank - eine Nebenregierung. Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht als Politiker der Weimarer Republik, Opladen 1973
- Roloff, Ernst-August: Bürgertum und Nationalsozialismus 1930-1933, Hannover 1961.
- Schacht, Hjalmar: Nationale Kreditwirtschaft, Berlin 1934 (Die Erhebung. Dokumente zur Zeitgeschichte)
- Schmalz, Kurt: Nationalsozialisten ringen um Braunschweig, Braunschweig, Berlin, Hamburg 1934
- Walkhoff, Hans: Das Zeitungswesen des Harz-Gebietes, Diss. Universität Leipzig, Dresden 1934
- Wernecke, Klaus; Heller, Peter: Der vergessene Führer Alfred Hugenberg. Pressemacht und Nationalsozialismus, Hamburg 1982